

Jo'burg: Von Bremsern und Safaris

"Luxemburg in Bremserrolle", überschrieb am vergangenen Dienstag der Europa-Abgeordnete Claude Turmes ein Communiqué, in dem er Umwelt-Staatssekretär Eugène Berger vorwarf, auf dem Weltgipfel die fortschrittlichen EU-Länder in der Energiefrage nicht unterstützt zu haben. Der Vorwurf: Am vergangenen Sonntag, als in der EU-Ministerrunde Belgien, Deutschland, Großbritannien und Schweden das bis dahin schwache Verhandlungsergebnis nur absegnen wollten, wenn zumindest das Ziel der 15 Prozent erneuerbaren Energien angenommen würde, habe der Staatssekretär sie nicht unterstützt. Damit habe die Regierung zu dem unverantwortlichen Endergebnis beigetragen: Kein quantitatives Ziel für erneuerbare Energien im Weltgipfel-Aktionsplan. "Ich finde die Vorwürfe fehl am Platz, besonders weil Claude Turmes zu jenem Zeitpunkt auf Safari weilte, statt zu versuchen, die Verhandlungen zu beeinflussen", erklärt Eugène Berger gegenüber der woxx. Bei der besagten Kampfabstimmung sei es keineswegs um die Energie gegangen, sondern um das Kapitel "Handel und Finanzen". Den vier Ländern sei der Text zu WTO-freundlich gewesen. Er sei mit der deutschen Kritik einverstanden gewesen, sagt Eugène Berger, habe aber aus taktischen Gründen dafür plädiert, das Kapitel anzunehmen. "Wenn wir diesen Text gleich angenommen hätten, wäre die EU-Position für die Energiedebatte stärker gewesen", so seine Einschätzung. Der Staatssekretär betont, Luxemburg habe über die gesamte Dauer der Konferenz eine fortschrittliche Rolle in Sachen erneuerbare Energien gespielt.

In Claude Turmes Sekretariat bestätigte man die Information, er sei am Wochenende auf Safari gewesen. Am Weltgipfel habe er nicht als Mitglied der Luxemburger Delegation teilgenommen, sondern als Leiter der Delegation der grünen Europaabgeordneten. In dieser Rolle habe er zu jenem Zeitpunkt auf die Verhandlungen keinen Einfluss mehr gehabt. Für mehr Informationen zur Kritik an der Regierung wurden wir auf die Pressekonferenz am kommenden Montag verwiesen.

Himmlische Einheit

Das, was es auf dem Boden der Europäischen Union schon längst gibt, soll jetzt auch am Himmel realisiert werden: ein einheitlicher Wirtschaftsraum, in dem dieselben Regeln für alle gelten. Das Europaparlament öffnete am Dienstag den Weg zum "Single Sky", indem es einer neuer Verordnung für einen einheitlichen europäischen Luftraum mit großer Mehrheit zustimmte.

Lästige Verspätungen, unnütze Umwege, unterschiedliche Sicherheitssysteme - ist der Himmel über Europa einmal grenzenlos, wäre Schluss mit dem aktuellen Chaos in der Luft. Kritik kam von den Linken: Einheits-himmel ja, Privatisierung der Kontrollsysteme nein. Die Konkurrenz unter verschiedenen Anbietern von Sicherheitsdiensten sei nicht gesund, sondern berge große Gefahren, so Vertreter von französischen Gewerkschaften des "secteur aérien". Ihre Skepsis wurde allerdings nicht von der großen Mehrheit der Abgeordneten geteilt. In Frankreich wird der Luftraum von staatlichen Institutionen kontrolliert. Das könne auch so bleiben, versicherte Transportkommissarin Loyola de Palacio am Dienstag in Straßburg. Jedes Land dürfe selbst wählen, ob diese Sicherheit durch einen staatlichen oder einen privaten Dienst garantiert wird.

Un monde en désordre

"Les dynamiques du désordre mondial", voilà le sujet principal du numéro de septembre du mensuel "Le Monde diplomatique". Plusieurs contributions analysent la stratégie américaine et les crimes de guerre en Afghanistan. Citons également un texte de John Berger mettant en relation Hiroshima et l'attaque du 11 septembre. Autres sujets, l'opposition entre libéralisme et développement durable, ainsi que l'actualité politique au Proche-Orient, au Maroc et en Allemagne.

ANWALTSCHAFT**Verbraucherschutz oder Lobbyismus?**

Mit einer strengen Sprachregelung, aber auch mit dem Niederlassungsverbot für die europäische Anwaltschaft hat sich das Luxemburger Parlament bewusst in eine Sackgasse hineinmanövriert. Im Herbst geht die Komödie fürs Wahlvolk weiter.

(rw) - Noch in der letzten Woche vor den Sommerferien des Parlaments war die Einladung zu einer Sitzung der "commission des affaires juridiques" hinausgegangen, die am 2. Oktober stattfinden soll. Einziger Tagesordnungspunkt: Das Gesetzesprojekt 4790 zur Umsetzung der europäischen Richtlinie 98/5/CE betreffend das Niederlassungsrecht der europäischen Anwaltschaft. "Décision à prendre en vue du second vote constitutionnel" steht da ganz knapp auf dem Einladungszettel vermerkt. Dahinter versteckt sich eine höchst verfahrenere Situation: Die Parlamentsmehrheit hat nämlich Anfang Juli trotz formeller Opposition des Staatsrats den betreffenden Gesetzestext gestimmt. Das bedeutet in der parlamentarischen Prozedur, dass das Parlament ein zweites Votum nehmen muss, damit das Gesetz in Kraft treten kann - eine höchst seltene Vorgehensweise.

Sture Haltung

Grund für den außergewöhnlichen Schritt ist die sture Haltung Luxemburgs in der Frage des Niederlassungsrechts für AnwältInnen aus der EU, das als einziges Mitgliedsland die Richtlinie noch nicht umgesetzt hat. Nach einem vom Europäischen Gerichtshof abgeschmettert Rekurs präsentierte die Regie-

rung vor einem Jahr endlich ein Gesetzesprojekt. Das aber sah vor, dass in Luxemburg praktizierende RechtsanwältInnen Luxemburgisch-, Deutsch- und Französischkenntnisse vorweisen müssen.

Der Staatsrat, der durch solche Bedingungen das Niederlassungsrecht gefährdet sah, reagierte mit geharnisstem Protest. Daraufhin hatte die parlamentarische Kommission die sprachlichen Anforderungen auf das Französische reduziert. Aber das ehrwürdige Gremium lehnte auch diesen Vorschlag ab. Daraufhin kam die Kommissionmehrheit auf den ursprünglichen Regierungstext zurück - unter dem Druck der DP, in deren Reihen die Juristerei nach stärker vertreten ist als bei der CSV.

Inwieweit der Sprachenstreit auf praktischen Bedenken beruht oder ob es sich dabei um einen eher plumpen Versuch handelt, sich lästige Konkurrenz vom Hals zu halten, ist nicht so leicht auszumachen. Sicher ist es für Betroffene ein Must, sich mit ihren RechtsvertreterInnen leicht verständigen zu können. Auffällig ist jedoch, dass sich die Luxemburger Rechtsanwaltschaft so eifrig für ihre Kundenschaft einsetzt, die sich selber zum Thema aber nicht äußert. Die "Union luxembourgeoise des consommateurs" etwa schweigt.

Imageverlust

Doch es melden sich ganz andere "Opfer" zu Wort: Eine "Interessengemeinschaft Europäische Anwälte in Luxemburg" meldet in einem Brief an die Abgeordneten zwei Hauptbedenken gegen

SICHERHEITSDIENSTE**Schutz zu verkaufen**

Ein neues Gesetz für private Wach- und Sicherheitsdienste soll mehr Sicherheit für Bewacher und Bewachte(s) schaffen. Was der Entwurf vor allem hervorgerufen hat, sind geteilte Meinungen darüber, wer überhaupt gemeint ist. Die Gewerkschaft LCGB kritisiert derweil die Ausbildungsmängel in der Branche.

(sk) - Wie sicher ist ein Geldtransport? Diese Frage wird sich wohl nicht nur das Justizministerium gestellt haben, als es am 27. März vergangenen Jahres den Gesetzentwurf über private Sicherheitsdienste in der Chamber deponierte. Eine Reihe von Überfällen auf Geldtransporte in den Monaten zuvor hatte im Dezember 2000 die Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Diese forderten eine Reform des Gesetzes aus dem Jahr 1990, das die "activités privées de gardiennage et de surveillance" regelt.

Seit Oktober 2001 überprüfte die juristische parlamentarische Kommission den Gesetzentwurf der Regierung. Ihr Abschlussbericht soll kommende Woche vorgelegt werden. Die Ziele des neuen Gesetzentwurfs: detailliertere Bestimmungen für Sicherheitsfirmen und Wachdienste, erhöhte Sicherheitsmaßnahmen angesichts der zunehmenden Kriminalität, Präventivmaßnahmen zur Vorbeugung von Verbrechen sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den privaten Sicherheitsdiensten und den öffentlichen Ordnungskräften.

Parlamentsausschuss und Staatsrat hatten an der ersten Fassung des Gesetzentwurfs moniert, dass darin keine Rede vom Personenschutz war. Gemeint waren zwar die Überwachung von Gebäuden, Geld- und Werttransporte und Personenschutz sowie die Verwaltung von

Alarmsystemen, aber keine Leibwächter. Daraufhin wurden diese in einer Neufassung des Entwurfs mit aufgenommen.

Die Kommission hatte zudem vorgeschlagen, den Personenschutz in öffentlichen Räumen mit aufzunehmen, was wiederum der Staatsrat ablehnte. Die Sicherheitsmaßnahmen zum Beispiel bei großen Sportveranstaltungen oder Konzerten bleiben demnach weiter in einer juristischen Grauzone - oder sie liegen in den Händen der Polizei. Hier sieht die parlamentarische Kommission noch Klärungsbedarf.

Bemängelt wurde auch die Eingrenzung des Gesetzes auf private Sicherheitsfirmen. Auf solche Unternehmen, die ihre Überwachung selbst organisieren, wie zum Beispiel im Falle bankeneigener Sicherheitsdienste, hatte sich der Gesetzentwurf der Regierung nicht bezogen.

Im Gesetzentwurf findet sich jedenfalls nur wenig Konkretes wieder. Zu den Ausnahmen gehören strengere Mindestanforderungen für die Privatfirmen: So muss jede über mindestens drei gepanzerte Fahrzeuge und 20 Sicherheitsangestellte verfügen, um überhaupt eine Genehmigung zu erhalten.

Neue Philosophie

Weg von mehr Panzerung und Bewaffnung und hin zu intelligenteren, technischen Sicherheitsmaßnahmen - das ist nach Meinung von Fachleuten die neue Tendenz in der Geld- und Werttransportbranche. In der Vergangenheit wurde vor allem zur Abschreckung vor Überfäl-

den Gesetzesentwurf an. Da ist einmal das Problem der Sprachprüfung, laut Interessengemeinschaft eine "Rechtswidrigkeit": Gemäß Richtlinie habe jeder europäische Anwalt das Recht, bestimmte Anwaltsaktivitäten auf Dauer in jedem anderen Mitgliedstaat auszuüben, die Sprache betreffende Zugangsregelungen seien nicht vorgesehen - ein wesentlicher Unterschied zum Beispiel zur Zahnarzttrichtlinie, die das Aufstellen von Sprachregelungen erlaubt.

Zweitens weist die Interessengemeinschaft auf die "Rechtswidrigkeit des Verbotes der Domizilierung" hin, das in dem Gesetzesentwurf vorgesehen sei. Auch hier müssten laut Richtlinie für europäische AnwältInnen die gleichen Rechte wie für luxemburgische gelten. Schlussfolgerung: "Mittelfristig würde das Gesetz keinen Bestand haben, da [...] die vorgesehenen Erschwernisse mit der umzusetzenden Richtlinie nicht vereinbar sind. Das Ansehen des Großherzogtums Luxemburg als weltoffener europäischer Finanzplatz und Dienstleistungsstandort jedoch würde Schaden nehmen."

Im Klartext: Einerseits kann Luxemburg sich, so wie es auch schon einige Abgeordnete vorausgesagt haben, auf eine Klage der Kommission gefasst machen, mit der Folge, dass demnächst das Gesetz wieder geändert werden muss. Andererseits lässt die schwarz-blaue Finanzplatz-Lobby in Kreisen Federn, die doch sonst von ihr so heftig umworben werden. Aber Hauptsache, der "Barreau" wird bei Laune gehalten. Denn am Wahltag ist Zahltag.

len aufgerüstet, mit der Folge, dass sich auch der Gegner bis zu den Zähnen bewaffnet haben. Panzerfäuste, Maschinenpistolen - im globalisierten Schwarzmarkt für Waffen ist nichts mehr undenkbar. "Die Überfälle wurden immer brutaler", so Freddy Mais von Brink's-Ziegler. Selbst der dritte Mann bei einem Werttransport, der auf Forderung der Gewerkschaften hin im vergangenen Jahr zur Pflicht wurde, habe nicht zur Erhöhung der Sicherheit von Angestellten der Werttransporte geführt. "Der wurde dann einfach gekidnappt", sagt Mais. Die neue Philosophie in der Branche heiße dagegen: weniger Abschreckung, dafür einen Überfall möglichst sinnlos machen: so zum Beispiel mit Geld, das nach dem Coup unbrauchbar wird.

Nun solle das "Bürgersteigerisiko" vermindert werden, begrüßt Mais die geplante Neuregelung, die Sicherheit für die Angestellten der Transportfirma werde deutlich erhöht. Im Gesetzentwurf wird zudem eine einheitliche Ausbildung für die Sicherheitsbranche vorgeschrieben. Bewerber würden genauer überprüft, ein psychologischer Test werde erforderlich. Zu wenig, meint hingegen Daniel Georges von der LCGB. Es gebe immer noch zu viele Mängel bei der Ausbildung, so der Gewerkschafter. "Die Ausbildung muss klar definiert sein. Und diejenigen, die ausbilden, sollten eine extra Genehmigung haben", fordert Georges und fügt hinzu: "Schließlich verkaufen die Unternehmen Sicherheit."